

"Keine Beteiligung der Sparkasse Krefeld und der Volksbank Krefeld an der Bankenabgabe!"

Für die Rettung europäischer Großbanken sollen die Sparkasse Krefeld und die Volksbank Krefeld eG "nicht zur Kasse gebeten werden", dies fordert die FDP-Stadtratsfraktion in einem Antrag für den Stadtrat.

Die Finanzminister der EU-Staaten verhandeln derzeit in Luxemburg über die Bankenabgabe. Damit soll ein europaweiter Abwicklungsfond aufgebaut werden. Er soll mit 55 Milliarden Euro ab 2024 Banken abwickeln, die „in Schieflage“ geraten sind.

Der Entwurf der EU-Kommission sieht vor, dass sich bereits kleinere Bankinstitute zu beteiligen haben.

Nach Ansicht von FDP-Fraktionsvorsitzendem Joachim C. Heitmann betrifft dies auch die Stadt:

"Betroffen wären damit auf jeden Fall auch Sparkassen und Genossenschaftsbanken wie die Sparkasse Krefeld und die Volksbank Krefeld eG, an denen die Stadt beteiligt ist. Die Inhaftungnahme der Sparkasse und der Volksbank für das schlechte Wirtschaften von Großbanken ist nicht gerechtfertigt. Nicht die Sparkassen und Genossenschaftsbanken haben die sogenannte Finanzkrise verursacht, sondern die Großbanken, die bislang auf Kosten der Steuerzahler und in Zukunft auf Kosten der Sparkassen und Genossenschaftsbanken saniert werden sollen."

Die Stadt ist mit dem Kreis Viersen Träger der Sparkasse. Sie ist mit einem "symbolischen Anteil" auch Gesellschafter der Volksbank: "Selbst wenn im Gegensatz zur Beteiligung an der Sparkasse der Gesellschaftsanteil an der Volksbank nur marginal ist, sollte sich die Stadt auch zu ihrem Fürsprecher machen. Die Volksbank spielt für die mittelständische Wirtschaft in Krefeld und in der Region eine ebenso große Rolle wie die Sparkasse und würde durch die Bankenabgabe wie diese empfindlich in ihrer Liquidität betroffen. Dies hätte unmittelbar auch Auswirkungen auf Krefelder Unternehmen und Arbeitsplätze!"

Deshalb soll sich nach dem Antrag der FDP-Fraktion der Stadtrat am 4. November die Krefelder Bundestagsabgeordneten auffordern, gegen die Beteiligung der Sparkassen und Genossenschaftsbanken an der EU-Bankenabgabe initiativ zu werden.